S 23 R 211/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hamburg

Sozialgericht Sozialgericht Hamburg Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 23
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren -Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 23 R 211/17 Datum 13.09.2019

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Tatbestand:

Die KlĤgerin begehrt die GewĤhrung einer Rente wegen Erwerbsminderung von der Beklagten.

Die 1958 in I. geborene Klägerin lebt seit rund 35 Jahren in Deutschland. Sie hat keine Berufsausbildung absolviert. Eine Berufstätigkeit wurde nicht ausgeübt. Derzeit wird der Lebensunterhalt über die Hinterbliebenenrente ihres verstorbenen Ehemanns und Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) sichergestellt.

Der SGB II-TrĤger stellte für die Klägerin am 3.2.2015 einen Antrag auf Gewährung einer Erwerbsminderungsrente, den die Klägerin zunächst nicht begründet. Medizinische Unterlagen wurden erst im August 2015 bei der Beklagten eingereicht. Die Beklagte beauftragte hierauf im Zuge weitere medizinische Ermittlungen Dr. E. Facharzt für Innere Medizin und Sozialmedizin, mit der Erstellung eines Gutachtens. Von diesem wurde die Klägerin am 28.1.2016

untersucht. Der Gutachter befundete im Rahmen der Untersuchung eine nur mäÃ∏ige Einschränkung der Lungenfunktion, die sich nach entsprechender Medikamentengabe deutlich besserte. Als Diagnosen wurden gestellt: â∏¢ langiÃxhrige Atemwegserkrankung mit Atemwegsverengung als Mischbild aus Asthma bronchiale und COPD mit wiederholten anfallsartigen LuftnotzustĤnden und eingeschrĤnkter kĶrperlicher Belastbarkeit, aktuell mĤÄ∏ig auf Medikamente ansprechende LungenfunktionseinschrĤnkung â∏¢ Rückenschmerzen bei Fehlhaltung der Wirbelsäule ohne BeweglichkeitseinschrĤnkung, hinsichtlich degenerative VerĤnderungen in Abklärung begriffen â∏¢ anamnestisch somatoforme Störung mit Eindruck einer sozialer Kompetenzen. Im Gutachten wurde auA\(\Pi\)erdem ausgefA\(\frac{1}{4}\)hrt, dass sich vorrangig ein Rehabilitationsbedarf ergebe. Es wurde vorgeschlagen, der KlĤgerin zunÄxchst Leistungen zur medizinischen Rehabilitation mit pneumologischem Schwerpunkt und der MĶglichkeit zur psychosomatischen und orthopĤdischen Mitbehandlung zu gewĤhren. Hier sei eine Klinik mit i. Sprachkompetenz erforderlich.

Die Beklagte bot der KlĤgerin sodann eine ambulante medizinische Rehabilitation bei der A. in H. an, die die KlĤgerin nicht in Anspruch nahm.

In einer weiteren medizinischen Stellungnahme führte Dr. E. aus, dass sich der Gesundheitszustand der Klägerin durch zumutbare BehandlungsmaÃ□nahmen hinreichend stabilisieren lieÃ□e. Die Klägerin sei vor dem Hintergrund der erhobenen Befunde auch ohne weitergehende Heilbehandlung in der Lage, leichte körperliche Tätigkeit ohne inhalative Belastungen oder vermehrte Witterungsexposition, ohne häufiges Bücken oder Heben und Tragen von Lasten, ohne Zwangshaltungen der Wirbelsäule, ohne besonderes Stressaufkommen und ohne Nachtschicht, werktäglich 6 Stunden und mehr auszuüben.

Mit Bescheid vom 14.9.2016 lehnte die Beklagte den Antrag der KlĤgerin ab. Die KlĤgerin erfülle die medizinischen Voraussetzungen für die GewĤhrung der begehrten Erwerbsminderungsrente nicht. Aufgrund der festgestellten GesundheitseinschrĤnkungen läge eine Erwerbsunfähigkeit nicht vor. Im Hinblick auf das angenommene Leistungsvermögen wurden die Angaben aus dem Gutachten von Herrn Dr. E. übernommen.

Zu ihrem Widerspruch vom 21.9.2016 reichen die Kl $ilde{A}$ ¤gerin weitere medizinische Unterlagen ein. Eine erneute Begutachtung fand nicht statt. Der sozialmedizinische Dienst f $ilde{A}$ ½hrte in seiner eingeholten Stellungnahme vom 14.12.2016 aus, dass sich aus den vorgelegten Unterlagen keine neuen Gesichtspunkte ergeben h $ilde{A}$ ¤tten.

Der Widerspruch der KlĤgerin wurde sodann mit Widerspruchsbescheid vom 31.1.2017 zurĽckgewiesen. Zur BegrĽndung wurde unter anderem ausgefļhrt, die im Widerspruchsverfahren eingereichten Unterlagen ergĤben keine neuen Gesichtspunkte gegenļber den im Verwaltungsverfahren berļcksichtigten Ĥrztlichen Berichten und dem Gutachten des Dr. E. sowie dessen Stellungnahme. Bei der zuletzt ausgeľbten TĤtigkeit als Reinigungskraft

handele es sich um einen Beruf, der dem Leitbild der ungelernten Arbeiterinnen zuzuordnen sei. Die Klämgerin känne daher nach dem vom Bundessozialgericht entwickelten Vier-Stufen-Schema auf alle Tämtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verwiesen werden. Die Klämgerin sei auch wegefämhig. Es kämme nicht darauf an, ob ein entsprechender Arbeitsplatz konkret benannt werden känne. Der Arbeitsmarkt sei grundsämtzlich offen. Schwierigkeiten bei der Erlangung oder der Vermittlung in einen entsprechenden Arbeitsplatz kännten kein Rentenanspruch auslänsen, sondern vielmehr die Zustämndigkeit der Bundesagentur fähr Arbeit. Ebenfalls nicht zu berählecksichtigen sei der Umstand, dass die Klämgerin wegen fehlender Sprachkenntnisse kein Arbeitsplatz fämnde. Dies stelle ebenfalls kein Risiko dar, das von der Deutschen Rentenversicherung zu tragen.

Am 2.3.2017 hat die Klägerin Klage zum Sozialgericht Hamburg erhoben und zur Begründung unter anderem vorgetragen, sie leide unter gemischtförmigem Asthma bronchiale, rezidivierenden Atemnotfällen, Allergien und chronischer Bronchitis. Sie habe auÃ□erdem Probleme mit den Hþftgelenken. Aufgrund dieser Einschränkungen sei sie nicht arbeitsfähig. Das Verrichten einer Tätigkeit von mehr als 3 Stunden sei nicht möglich.

Die KlĤgerin beantragt,

Den Bescheid der Beklagten vom 14.9.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 31.1.2017 aufzuheben, die Beklagte zu verurteilen, der KlĤgerin eine Rente wegen voller Erwerbsminderung, hilfsweise teilweiser Erwerbsminderung, hilfsweise teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfĤhigkeit zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Zur weiteren AufklĤrung des Sachverhalts hat das Gericht Befundberichte der die KlĤgerin behandelnden Ã∏rzte, insbesondere der Allgemeinmedizinerin Dr. H1 und des Lungenfacharztes Dr. M. eingeholt. Ein Bericht der radiologischen Allianz sowie des Orthopäden Dr. N. lagen ebenfalls vor.

Auf Veranlassung des Gerichts hat sodann der Facharzt fÃ⅓r Innere Medizin und Arbeitsmedizin, Lungen- und Bronchialheilkunde sowie Umweltmedizin Dr. S. die Klägerin am 12.3.2018 untersucht. Hierbei wurden insbesondere auch die Blutwerte und die festgestellte Lungenfunktion der Klägerin bewertet. In dem nachgehend erstellten Gutachten wird eine leicht erniedrigte Lungenkapazität, jedoch insgesamt noch befriedigende Lungenfunktion beschrieben. Die auftretenden Asthma-Anfälle fÃ⅓hrten nicht zu einer aufgehobenen Erwerbsfähigkeit. Es wird aufgrund der maÃ□geblichen Diagnose Asthma bronchiale und Fettstoffwechselstörung von einer erheblich eingeschränkten Leistungsfähigkeit der Klägerin ausgegangen. Der Klägerin sei nur noch leichte körperliche Tätigkeiten unter Witterungsschutz sowie frei von Exposition mit Rauch, Dämpfen und Gasen zumutbar. Besondere berufliche Stressoren wie

Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit sollten unterbleiben. Aufgrund der Hüft- und Lendenwirbelsäulenproblematik, die sich zum Teil aus der einseitigen Beinverkürzung ergebe, sollten auÃ□erdem Tätigkeiten, die mit häufigem Bþcken sowie dem Anheben von Gewichten von mehr als 6 kg verbunden seien, unterbleiben. Tätigkeiten, die diesen Anforderungen gerecht würden, könnten noch 6 Stunden und mehr arbeitstäglich ausgeþbt werden. Die Wegefähigkeit sei nicht eingeschränkt. Eine Stabilisierung der pulmonalen Situation sei durch eine konsequente medizinische RehabilitationsmaÃ□nahme in einer geeigneten Klinik möglich. Es sollte sich hierbei um eine stationäre MaÃ□nahme handeln.

Die KlĤgerin ist dem Gutachten entgegengetreten. Der behandelnde Lungenfacharzt hat in einem eingereichten Attest vom 18.2.2019 ausgeführt, dass eine schon mehrmals angestrebte Rehabilitationsmaà nahme jeweils an der psychisch labilen Situation und den à ngsten, die Wohnung über mehrere Wochen zu verlassen, gescheitert sei. Hinzu komme die eingeschrĤnkte Sprachkompetenz und der Umstand, dass ein Familienangehöriger in einer Rehabilitationsklinik verstorben sei.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte einschlieÄ lich der Niederschrift der mä halt der mä halt der Werhandlung, auf die Verwaltungsakte der Beklagten sowie die beigezogenen Unterlagen Bezug genommen, deren wesentlicher Inhalt Gegenstand der mä halt der Verhandlung gewesen ist.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Klage ist unbegründet. Die Klägerin ist durch die angefochtene Entscheidung nicht beschwert i.S. des <u>§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG</u>. Der Bescheid vom 14.9.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 31.1.2017 ist rechtmäÃ∏ig. Die Klägerin hat gegenþber der Beklagten keinen Anspruch auf die Gewährung einer Rente wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung sowie wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit.

Der von der Klägerin geltend gemachte Anspruch ergibt sich zunächst nicht aus \hat{A} § 43 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch \hat{a} Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) Dessen Voraussetzungen sind nicht erfýllt.

Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres haben Versicherte gemäÃ∏ § 43 Abs. 2 Satz 1 SGB VI, wenn sie 1. voll erwerbsgemindert sind, 2. in den letzten fþnf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge fþr eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit haben und 3. vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfþllt haben.

Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres haben Versicherte gemäÃ∏ § 43 Abs. 1 Satz 1 SGB VI, wenn sie 1. teilweise erwerbsgemindert sind, 2. in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung

oder TÄxtigkeit haben und 3. vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfļllt haben.

Voll erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÄ erstande sind, unter den Ä ½ blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden tÄ zglich erwerbstÄ ztig zu sein (Å 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI). Teilweise erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÄ erstande sind, unter den Ä ½ blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden tÄ zglich erwerbstÄ zu sein (Å 43 Abs. 1 Satz 2 SGB VI). Erwerbsgemindert ist nicht, wer unter den Ä ½ blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden tÄ zglich erwerbstÄ ztig sein kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berÄ ½ cksichtigen (Å 43 Abs. 3 SGB VI).

Nach dem Gesamtergebnis des Verfahrens und insbesondere der Beweisaufnahme (vgl. $\frac{\hat{A}\S}{128}$ SGG) ist das Gericht nicht davon \tilde{A}^{1} /aberzeugt, dass die Kl \tilde{A} ¤gerin voll oder teilweise erwerbsgemindert ist. Das Leistungsverm \tilde{A} ¶gen der Kl \tilde{A} ¤gerin ist geschr \tilde{A} ¤nkt. Es reicht jedoch noch aus, um unter den \tilde{A}^{1} /ablichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes leichte k \tilde{A} ¶rperliche T \tilde{A} ¤tigkeiten unter Witterungsschutz sowie frei von Exposition mit Rauch, D \tilde{A} ¤mpfen und Gasen auszu \tilde{A}^{1} /aben. Besondere berufliche Stressoren wie Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit sollten ebenso unterbleiben wie T \tilde{A} ¤tigkeiten, die mit h \tilde{A} ¤ufigem B \tilde{A}^{1} /acken sowie dem Anheben von Gewichten von mehr als 6 kg verbunden sein.

Die genannten EinschrĤnkungen des LeistungsvermĶgens beruhen auf folgenden GesundheitsstĶrungen:

Auf internistischem und lungenfachĤrztlichen Fachgebiet ist die LeistungsfĤhigkeit der KlĤgerin beeintrĤchtigt durch Asthma bronchiale und FettstoffwechselstĶrung. Aus diesen Befunden resultiert in sozialmedizinischer Hinsicht, dass die Arbeitsschwere auf leichte TĤtigkeiten reduziert ist, die Arbeiten unter Witterungsschutz sowie frei von Expositionen mit Rauch, DĤmpfen und Gasen stattfinden mļssen sowie besondere berufliche Stressoren wie Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit unterbleiben sollen. Aufgrund der Hüft- und LendenwirbelsĤulenproblematik, die sich zum Teil aus der einseitigen Beinverkürzung ergibt, besteht eine sozialmedizinische relevante EinschrĤnkung dahingehend, dass TĤtigkeiten, die mit hĤufigem Bücken sowie dem Anheben von Gewichten von mehr als 6 kg verbunden sind, unterbleiben sollten.

Die WegefĤhigkeit der Klägerin ist nach Ã□berzeugung des Gerichts erhalten. Mit dem Begriff der Wegefähigkeit wird die Befähigung eines Versicherten umschrieben, einen Arbeitsplatz aufsuchen zu können. Hiervon wird in typisierender Betrachtung ausgegangen, wenn ein Versicherter in der Lage ist, täglich viermal Wegstrecken von 500 m in weniger als 20 Minuten zu FuÃ□, gegebenenfalls mit Unterstù⁄₄tzung von Hilfsmitteln, zurù⁄₄ckzulegen und zweimal öffentliche Verkehrsmittel während der Hauptverkehrszeiten zu benutzen (vgl. BSG, Urt. v. 17.12.1991, 13/5 RJ 73/90; Urt. v. 28.8.2002, B 5 RJ 12/02 R; von Koch, in: Kreikebohm, SGB VI, 5. Aufl. 2017, § 43 Rn 37). Dies gilt unabhängig von der

tatsÃxchlichen Wohnlage des Versicherten (BSG, Urt. v. 17.12.1991, 13/5 RJ 73/90). Objektive Gründe, von einer fehlenden Wegefähigkeit der Klägerin auszugehen, sind nach den ermittelten medizinischen Befunden nicht anzunehmen. Diese Feststellungen auf internistische und lungenfachĤrztlichen Gebiet trifft das Gericht insbesondere auf Grundlage der AusfA¹/₄hrungen des medizinischen Sachverständigen Dr. S â∏¦ Dieser hat die Klägerin eingehend und sorgfältig ambulant untersucht. Insbesondere wurden ausfļhrliche Untersuchungen der Lungenfunktion durchgeführt. Er hat sich zur Ã∏berzeugung des Gerichts in seinem Gutachten ausfļhrlich, in sich widerspruchsfrei und nachvollziehbar mit den bei der Klägerin vorliegenden Gesundheitsstä¶rungen auseinandergesetzt. Die Begutachtung erfolgte unter Auswertung aller zur VerfÄ¹/₄gung stehenden Befund- und Behandlungsberichte der die KlĤgerin behandelnden Ã∏rzte sowie des im Auftrag der Beklagten erstellten Gutachten von Herrn Dr. E â∏! Den vorhandenen gesundheitlichen StĶrungen wird durch die Benennung der verschiedenen qualitativen LeistungseinschrÄxnkungen angemessen Rechnung getragen. Anhaltspunkte für Zweifel an seinen Erkenntnissen hat die Kammer nicht gefunden. Dies gilt auch nicht nach Vorlage des Attests des behandelnden Lungenfacharztes Dr. M. vom 18.2.2019, in dem dieser ausführt, dass die schon mehrmals angestrebten Rehabilitationsma̸nahmen jeweils gescheitert seien. Der Sachverständige Dr. S. hat in seinem Gutachten lediglich ausgeführt, dass durch eine konsequente medizinische Rehabilitation eine weitere Stabilisierung der pulmonalen Situation möglich sei. Das festgestellte Leistungsvermögen bestünde jedoch bereits schon jetzt, ohne dass eine medizinische Rehabilitationsma̸nahme notwendig sei. Gründe, warum das vom SachverstĤndigen festgestellte LeistungsvermĶgen nicht zutreffend sein sollte, wurden in dem Attest hingegen nicht ausgefÄ1/4hrt. Es werden auch keine weitergehenden Befunde mitgeteilt, die zu einer anderen EinschĤtzung des LeistungsvermĶgens, als vom SachverstĤndigen ausgefļhrt, führen könnten.

Das zeitliche Leistungsvermögen der Klägerin ist nicht in rentenrelevantem Umfang eingeschränkt. Sie kann die zumutbaren Tätigkeiten vollschichtig, d.h. arbeitstäglich mindestens sechs Stunden, ausÃ⅓ben. Auch insoweit folgt das Gericht den schlÃ⅓ssigen AusfÃ⅓hrungen der Sachverständigen Dr. S â□¦

Mit dem so beschriebenen LeistungsvermĶgen der Klägerin ist diese nicht als teilweise erwerbsgemindert anzusehen. Dann liegt erst recht keine volle Erwerbsminderung im Sinne des <u>§ 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI</u> vor, denn hieran wären noch höhere Anforderungen zu stellen als an eine teilweise Erwerbsminderung.

Die Klågerin hat auch keinen Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfåghig nach <u>å§ 240 SGB VI</u>. <u>å§ 240 SGB VI</u> dehnt aus Grå¼nden des Vertrauensschutzes als Sondervorschrift zu <u>å§ 43 Abs. 1 SGB VI</u> den Anspruch auf eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung auf vor dem 2. Januar 1961 geborene und berufsunfåghig gewordene Versicherte aus. Die Klågerin fåglt grundsågtzlich unter diese Vertrauensschutzregelung, da sie im Jahr 1958 geboren wurde. Es fehlt indes am Vorliegen einer Berufsunfåghigkeit als

weiterer notwendiger Voraussetzung. BerufsunfĤhigkeit ist in § 240 Abs. 2 SGB VI definiert. Sie liegt vor bei Versicherten, deren ErwerbsfĤhigkeit wegen Krankheit oder Behinderung im Vergleich zur ErwerbsfĤhigkeit von kĶrperlich, geistig und seelisch gesunden Versicherten mit Ĥhnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und FĤhigkeiten auf weniger als sechs Stunden gesunken ist. Der Kreis der TĤtigkeiten, nach denen die ErwerbsfĤhigkeit von Versicherten zu beurteilen ist, umfasst dabei alle TĤtigkeiten, die ihren KrĤften und FĤhigkeiten entsprechen und ihnen unter BerĽcksichtigung der Dauer und des Umfangs ihrer Ausbildung sowie ihres bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen ihrer bisherigen BerufstĤtigkeit zugemutet werden kĶnnen. Zumutbar ist stets eine TĤtigkeit, fļr die die Versicherten durch Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben mit Erfolg ausgebildet oder umgeschult worden sind. BerufsunfĤhig ist nicht, wer eine zumutbare TĤtigkeit mindestens sechs Stunden tĤglich ausļben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berļcksichtigen.

Diese Voraussetzungen erf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ llt die Kl \tilde{A} ¤gerin vorliegend nicht, da sie zumutbar auf T \tilde{A} ¤tigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verwiesen werden und sie diese T \tilde{A} ¤tigkeiten entsprechend den obigen Ausf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrungen noch vollschichtig aus $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ben kann.

Die soziale Zumutbarkeit einer VerweisungstĤtigkeit beurteilt sich nach der sozialen Bedeutung des bisherigen Berufs. Dabei kommt es grundsĤtzlich auf die letzte versicherungspflichtig ausgeübte Tätigkeit an. Die Klägerin war zuletzt als Reinigungskraft beschäftigt. Diesen Beruf kann die Klägerin unstreitig nicht mehr ausüben. Berufsunfähigkeit liegt jedoch nicht schon dann vor, wenn Versicherte ihren bisherigen Beruf aus gesundheitlichen Grþnden nicht mehr ausþben können. Vielmehr sind anhand des qualitativen Wertes des bisherigen Berufes zumutbare Tätigkeiten zu ermitteln, auf die die Versicherten verwiesen werden können. Dabei ist auch ein zumutbarer beruflicher Abstieg in Kauf zu nehmen (vgl. grundlegend Bundessozialgericht, Urt. v. 20.1.1976, 5/12 RJ 132/75; aus der Literatur z. B. Nazarek, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VI, 2013, § 240 Rn 91; Kamprad in: Hauck/Noftz, SGB, 05/08, § 240 SGB VI, Rn 34 ff.).

Das Bundessozialgericht hat in dem Zusammenhang das so genannte Mehrstufenschema entwickelt (vgl. hierzu insgesamt Bundessozialgericht, Urt. v. 29.7.2004, <u>B 4 RA 5/04 R</u>). Die Stufen sind von unten nach oben nach ihrer Leistungsqualität, diese gemessen nach Dauer und Umfang der im Regelfall erforderlichen Ausbildung und beruflichen Erfahrung, nicht nach Entlohnung oder Prestige, geordnet. Danach sind zu unterscheiden: Ungelernte Berufe (Stufe 1); Berufe mit einer Ausbildung bis zu zwei Jahren (Stufe 2); Berufe mit einer Ausbildung von mehr als zwei Jahren (Stufe 3; so genannte Facharbeiter); Berufe, die zusätzliche Qualifikationen oder Erfahrungen oder den erfolgreichen Besuch einer Fachschule voraussetzen (Stufe 4), zu ihr gehören Facharbeiter mit Vorgesetztenfunktion gegenÃ⅓ber anderen Facharbeitern, Spezialfacharbeiter, Meister, Berufe mit Fachschulqualifikation als Eingangsvoraussetzung; Berufe, die einen erfolgreichen Abschluss einer Fachhochschule oder eine zumindest gleichwertige Berufsausbildung voraussetzen (Stufe 5); Berufe, deren hohe Qualität regelmäÃ∏ig auf einem Hochschulstudium oder einer vergleichbaren

Qualifikation beruht (Stufe 6). Eine "Verweisung", die grundsätzlich durch eine konkrete Benennung eines Berufs geschehen muss, der an mindestens 300 Arbeitsplätzen im Bundesgebiet ausgeübt wird, kann nur auf einen Beruf derselben qualitativen Stufe oder der nächstniedrigeren erfolgen. Hierbei ist das Ã□berforderungsverbot (Einarbeitung innerhalb von drei Monaten) zu beachten. Eine konkrete Benennung ist grundsätzlich nur dann nicht erforderlich, wenn der bisherige Beruf der ersten Stufe angehört oder wenn ein sogenannter einfacher Angelernter (Stufe 2, aber Ausbildung bis zu einem Jahr) auf ungelernte Berufe verwiesen wird.

Gemessen an diesen Kriterien ist die TĤtigkeit der KlĤgerin als Reinigungskraft der Stufe 1 zuzuordnen und hier als sogenannte ungelernte Arbeiter zu bewerten, da der Beruf keine Ausbildung erfordert.

Die Kl \tilde{A} ¤gerin ist daher auch im Rahmen des \hat{A} § 240 SGB VI auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verweisbar. F \tilde{A} ½r diesen besteht, wie bereits oben ausgef \tilde{A} ½hrt \hat{a} unter Ber \tilde{A} ½cksichtigung der bestehenden Einschr \tilde{A} ¤nkungen \hat{a} eine Leistungsf \tilde{A} ¤higkeit von sechs Stunden und mehr arbeitst \tilde{A} ¤glich.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>. Sie folgt dem Ergebnis in der Hauptsache.

Erstellt am: 03.02.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024